

Grenzenlose Willkür wird bestraft

Publiziert am 17. Februar 2016 von Wilfried Müller auf www.wissenbloggt.de

Auf der Weltkarte ist Europa ziemlich klein, und die europäischen Länder sind nur winzige Flecken gegenüber den großen Ländern. So etwas wie Luxemburg oder Slowenien tritt nur als Stecknadelköpfchen auf. Angesichts der weltweiten Probleme wie Klimawandel, Terror, Armut, Hunger, Epidemien, Steuerflucht, Finanzkrisen, Informations- und Migrantenströme erscheinen die europäischen Länder zu klein, um solche Aufgaben zu lösen.



Das schreibt die Süddeutsche Zeitung am 14.2. über *Bürger für Europa* - so nennt sich der gedruckte Artikel. Online heißt der Text¹ von Evelyn Roll "Europa - Geschichte schreitet nicht zum Besseren fort - jedenfalls nicht von alleine": *Ein Gespenst geht um in Europa - das Gespenst des Nationalismus*. Doch gemeinsam seien die überzeugten Europäer aller Länder stärker als die Populisten.

Der Artikel ist bezeichnend für die Vereinnahmung des europäischen Gedankens durch die Euro-Fundamentalisten und für die politische Willkür, die damit einhergeht. Aber Schritt für Schritt:

Das Argument mit der Landkarte ist gewiss richtig, doch was sagt es eigentlich aus? Zusammengehen bei Politik und Wirtschaft, Aufhebung von Binnengrenzen, Vereinheitlichung von Normen, gemeinsame Aktionen bei den globalen Problemen, das dürfte die Lösung sein. Damit können die Staaten ihre Kräfte konzentrieren. Dass alle Länder über eine Wirtschafts- und Finanzunion zu einem europäischen Staat verschmelzen müssen, geht daraus nicht hervor. Der rationale Ansatz würde lauten, *soviel Gemeinsamkeit wie nötig, so wenig Gleichmacherei wie möglich*.

Dazu ein paar Takte Original-EU-Philosophie aus dem Abschnitt² Transparente und demokratische Institutionen: *Die EU wächst weiter und ist dabei stets bestrebt, ihre Organe noch transparenter und demokratischer zu machen. Das direkt gewählte Europäische Parlament erhält zusätzliche Befugnisse, und die Rolle der Seite an Seite mit den EU-Organen arbeitenden nationalen Parlamente wird gestärkt. Gleichzeitig stehen den europäischen Bürgerinnen und Bürgern immer mehr Wege zur Teilnahme am politischen Prozess offen.*

Also die Bürger dürfen mehr an der Politik teilhaben - müssten sie dann nicht *gefragt* werden? Und das EU-Parlament stärken und die nationalen Parlamente zugleich - wie geht das? Und was soll an der EU transparent sein, wenn nie Rechenschaft abgelegt wird, wohin die EZB das ganze Geld kanalisiert (siehe EZB verschleiert "Geld drucken im Keller" von Landes-Zentralbanken)³?

In Wirklichkeit ist der europäische Gedanke, der hier präsentiert wird, die gleiche Augenwischerei wie in dem SZ-Artikel. Niemand wird *gefragt*, das Thema wird gar nicht erst diskutiert, das Dogma "Vereinigung" wird alternativlos hochgehalten. Die Politik ist gewillt, ihr Mandat an den Bürgern vorbei zu interpretieren als Ermächtigung zur europäischen Kernverschmelzung, und die Medien assistieren kongenial.

Dass diese Vereinnahmung im Widerspruch zur Mehrheitsmeinung steht, ficht die Euro-Befürworter nicht an. Dabei können sie es an den Zahlen ablesen: Insgesamt 42% der Menschen in der Europäischen Union sind laut SZ ganz eindeutig für Europa - es wird bloß nicht unterschieden, für welches Europa,

- für das frühere EU-Konzept des *soviel Gemeinsamkeit wie nötig, so wenig Gleichmacherei wie möglich*?
- oder für die moderne Euro-Zone mit der Billionenschleuder EZB, den Rettungsschirmen, dem löcherigen Target-2-System und, weil das noch nicht genug ist, der angestrebten Banken-, Finanz- und Wirtschaftsunion?

Der SZ-Artikel belegt unfreiwilligerweise die Euro-typische Sophistik: *Mit 42 Prozent gewinnt man Wahlen. Das sind 200 Millionen Menschen. Eine gewaltige, schweigende Mehrheit*

Dazu sei bemerkt: 42% sind keine Mehrheit, auch nicht nach Eurostat-Rechnung. Wenn man nach Zustimmung für das alte EU-Konzept fragen würde, könnte sich allerdings eine echte Mehrheit ergeben, weil dann auch diejenigen Europäer zustimmen können, die von den Errungenschaften der modernen Eurozone abgeschreckt werden. Stichworte müssen genügen, um das Dilemma zu umreißen:

- Missbrauch von EZB und Rettungsschirmen zur Bankenbegünstigung
- Missbrauch der EZB zur monetären Staatsfinanzierung
- ein Bankenlobbyist als EZB-Chef

¹ <http://www.sueddeutsche.de/leben/europa-geschichte-schreitet-nicht-zum-besseren-fort-jedenfalls-nicht-von-alleine-1.2856983>

² http://europa.eu/about-eu/basic-information/about/index_de.htm

³ <http://www.wissenbloggt.de/?p=30540>

- ein Steuerfluchthelfer als EU-Kommissionschef
- das Europaparlament genauso voller Lobbyisten wie das Bundestparlament mit entsprechender Insuffizienz beim Gesetzemachen
- ein System, das Kapitalflucht begünstigt und die Kosten der Allgemeinheit auferlegt (über Target 2)
- eine Euro-Bürokratie mit obrigkeitlichen Ambitionen
- Lüge und Betrug bei den Rettungsschirmen, siehe Euro-Betrugsnummer Schuldenschnittchen⁴

Die Euro-Politik ist gekennzeichnet durch immer mehr politische Willkür statt ökonomischer Logik, durch die entsprechende Auflösung von Verantwortlichkeit und den damit einhergehenden Rechtsbruch. Einmal damit angefangen, die logischen Folgen von Misswirtschaft durch politische Eingriffe zu verhindern, wird die Lage immer schlimmer:

Weil die Verträge nicht mehr gelten, weil die Eurozone zum rechtsfreien Raum mutiert, wird alles zum Verhandlungsgegenstand; über jegliches darf gefeilscht und kuhgehandelt werden. Alle Erpressungspotentiale werden ausgereizt, es geht immer schwerer voran. Die einzige Notlösung ist, alle Probleme mit Geld zuzuschütten, aber das geht nicht beliebig lange.

Von Kuhhandel und Milchmädchenrechnungen, von der Umverteilung von arm zu reich ist nicht die Rede im SZ-Europa. Kein Verständnis für die Kritiker von den Auswüchsen, die der grenzenlose Euro-Dilettantismus hervor gebracht hat. Dafür ist die Rede von "populistischen Dummheiten", "nationalistischen Abschottungsfantasien", "Verschwörungstheorien" und "Scheinlösungen". Und die kritischen Europäer sind "Überforderte", "Verängstigte", "Denkfaule" und "Verbitterte". Und die *wollen vor allem eines: An die Macht. Und dann? Europa abschaffen.*

Ist es nicht vielmehr so, dass Euro-Dogmatismus und grenzenlose Willkür dies alles heraufbeschworen haben? Die haben den europäischen Gedanken schwer beschädigt und viele Menschen dagegen aktiviert. Hier wäre Selbstkritik der Dogmatiker angebracht, und eine Mahnung zur Rationalität. *Das Gute stärken, das Schlechte tilgen* - warum ist das bei europäischen Errungenschaften nicht möglich?

Warum ist es tabu, über den Euro rational zu reden? Nachdem er so viel Misserfolg brachte und so viel Schaden & Kollateralschaden anrichtete, müsste er sich einer Kosten/Nutzen-Abwägung stellen. Die sollte solche Fragen klären: Ist es unter dem Euro zu vertretbaren Kosten möglich, die Wettbewerbsfähigkeit von Griechenland, Spanien, Italien, Frankreich usw. zu erneuern? Könnte das eine Wirtschafts- und Finanzunion schaffen, und zu welchem Preis? Wo das Geldsystem sowieso im Umbruch ist, wo bleiben da die Vorteile des Euros?

Der SZ-Artikel weint um die "aufgeklärten bis leidenschaftlich überzeugten Europäer", die bei der "Erosion Europas" zuschauen müssten. Weil nämlich die Geschichte nicht von allein zum Besseren fortschreitet. Um die "Weltverfinsterer" und Nationalpopulisten von AFD oder CSU beim "Apokalypso" zu stören, sollen die Europäer offensiv fordern: *Die EU ist nicht das Problem, sondern die Lösung.*

Mit diesem Satz ist das Problem dargelegt, wenn auch verkehrt herum. Denn die real existierende Eurozone ist leider doch das Problem. Vor allem ist es die undemokratische Haltung, die Volksbeglückung gegen den eigenen Willen, die Bevormundung, der Machbarkeitswahn, die grenzenlose Willkür. Das alles bestraft sich selbst durch kumulierenden Politikerstreit. Und beim Volk wird es bestraft durch antieuropäische Tendenzen.

Wenn Europa nicht zu einer Waffe werden soll, die nach hinten losgeht (wie im Bild oben), ist die Zeit reif zur Besinnung darauf, wofür das Ganze eigentlich veranstaltet wird. Das sollten nicht die publizitätsprallen Politiker sein, nicht die smarten Steuerflüchter und nicht die bankrotten Banken. Europas Daseinszweck ist auch nicht die Schaffung einer Hochrisikozone durch das Häufeln von Billionen, und nicht die Hin- und Hersubventionierung von unten nach oben und von Norden nach Süden (naja, letzteres in Grenzen).

Europa soll sich nach dem Souverän richten, dem europäischen Bürger, und ihm eine geregelte, gerechte Grundlage geben. In dem Sinn darf man das SZ-Plädoyer unterstützen: *Europäer aller Länder, vereinigt euch!*

Das Bild von ClkerFreeVectorImages, pixabay, zeigt, wohin Euroland geht, wenn es so weitergeht:



⁴ <http://www.wissenbloggt.de/?p=29253>

Links dazu:

- Grenzenlose Naivität wird bestraft - <http://www.wissenbloggt.de/?p=31596>
 - Berichte von Euro- und US-Illusionen - <http://www.wissenbloggt.de/?p=31330>
 - Arbeiter_innen außen vor - <http://www.wissenbloggt.de/?p=31029>
 - Perversionen der deutschen Politik - <http://www.wissenbloggt.de/?p=30988>
 - Pakt gegen Steuerflucht wirkungslos - <http://www.wissenbloggt.de/?p=30978>
 - Zweierlei Maß in der Politik - <http://www.wissenbloggt.de/?p=30878>
 - EZB: noch ein paar Schippen billiges Geld drauflegen - <http://www.wissenbloggt.de/?p=30425>
 - Das metamorphische Prinzip (sarkastische Würdigung) - <http://www.wissenbloggt.de/?p=29341>
-